
Tagungsbericht

Unternehmensmitbestimmung in Genossenschaften – Zwischen Postdemokratie und Solidarität



In Zeiten von Shareholder-Value und übertriebener Profitmaximierung geraten Genossenschaften als alternative Unternehmensformen wieder stärker ins Blickfeld. So verfolgen Genossenschaften im Kern einen wirtschaftsdemokratischen Ansatz, der darin besteht, die Wirtschaft solidarisch zu gestalten und dabei die Mitglieder zu beteiligen.

Der Workshop präsentierte Ergebnisse einer explorativen Studie, die Herbert Klemisch und Moritz Boddenberg (Wissenschaftsladen Bonn) für die Hans Böckler Stiftung durchgeführt haben. Ziel der Studie war es, das Verhältnis von Unternehmensmitbestimmung, genossenschaftlicher Demokratie und Solidarität zu bestimmen und der Frage nachzugehen, was Genossenschaften anders machen. In Fallstudien werden sechs von neun Genossenschaften betrachtet, die unter das Mitbestimmungsgesetz M76 fallen.

Sebastian Campagna von der Hans Böckler Stiftung stellte den Kontext des Projektes im Umfeld von alternativen Wirtschaftsmodellen dar. Stiftung, Familienunternehmen, aber auch die

Genossenschaften können als Alternativen zu rein marktgetriebenen Unternehmensformen eingeschätzt werden. Wie weit sie vor dem Hintergrund des eigenen genossenschaftlichen Anspruchs und dem Anspruch der Unternehmensmitbestimmung tragen, wurde untersucht.

Herbert Klemisch präsentierte die Quintessenz der Studie „Unternehmensmitbestimmung in Genossenschaften“, die in Kürze in der Reihe MB-Studies bei der Hans Böckler Stiftung erscheinen wird. Link zum kostenlosen Download: <https://www.boeckler.de/48.htm>

Wesentliche Ergebnisse sind:

- In den untersuchten großen Genossenschaften sind die Möglichkeiten Einfluss auf die Ausrichtung des Unternehmens zu nehmen eher gering, obwohl formal jedes Mitglied ein Mandat in der Vertreterversammlung erlangen kann. Allerdings haben hier Lobbygruppen Priorität, d.h. der Zugang ist nicht für alle Mitglieder gleich. Dies kann genauso als postdemokratische Tendenz verortet werden, wie die Interessenkonflikte und

Machtasymmetrien zwischen Mitgliedern und Beschäftigten.

- Die Umsetzung der Prinzipien von Demokratie und Solidarität steht in den großen mitbestimmten Genossenschaften vor der Herausforderung, den zentralen Interessenkonflikt zwischen Mitgliedern und Beschäftigten auszubalancieren. Denn die Beschäftigten haben gegenüber den Mitgliedern der Genossenschaft eine schwächere Position, solange sie nicht Mitglied der Genossenschaft werden können. Dies ist z.B. bei den Apothekergenossenschaften Sanacorp und Noweda der Fall, da die Beschäftigten nicht Apotheker sind. Gleiches gilt für Datev, DMK etc. Wird das Förderprinzip konsequent verfolgt, kann dies im Widerspruch zur solidarischen Ausgestaltung der Genossenschaft stehen.
- Auch Genossenschaften kommen also nicht ohne eine wirkungsmächtige Arbeitnehmervertretung aus, die sich gerade in Zeiten zunehmender Arbeitsverdichtung für die Interessen der Beschäftigten einsetzt. Zu beobachten ist der Versuch das funktionierende System der Unternehmensmitbestimmung teilweise durch die Einführung von berufenen Beiräten unterlaufen wird, zu denen die Arbeitnehmervertreter nur einen sehr begrenzten Zugang haben.
- Andererseits haben Genossenschaften den strukturellen Vorteil nicht an den Interessen ihrer eigenen Mitglieder vorbei, an die Konkurrenz oder andere Finanzmarktakteure veräußert werden zu können. Insofern zeigt sich die Genossenschaft als stabile Unternehmensform auch in Zeiten von Wirtschafts- und Finanzmarktkrisen.

Richard Reichel, Forschungsinstitut für Genossenschaftswesen an der Universität Erlangen-Nürnberg, zeigte die Konflikte zwischen den Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit sowohl bei der klassischen kapitalistischen Firma als auch bei Genossenschaften auf und analysierte von diesem Hintergrund die Unterschiede zwischen

verschiedenen Genossenschaftstypen. Darauf aufbauend thematisierte er die Rolle der Mitbestimmung insbesondere bei der Managementaufsicht. Einige überblicksartige Ausführungen zu den Themenbereichen „genossenschaftliche Demokratie“ und „genossenschaftliche Solidarität“ beschlossen den Beitrag.



Herbert Grimberg (NGG) arbeitete die wichtige Rolle von Gewerkschaftsvertretern im Aufsichtsrat von Unternehmen heraus. Sie können ein Korrektiv zu einer rein betrieblichen Sicht der Arbeitnehmer sein und gesellschaftliche Themen in die Aufsichtsratsarbeit einbringen. Dies schilderte Herbert Grimberg am Beispiel der DMK, indem die Gewerkschaften und Betriebsräte für die Beschäftigten dort ein Gegenwicht zur den Interessen der Milchbauern als Genossenschaftsmitgliedern darstellen.



Manuel Döbler, Rechtsanwalt bei der Datev eG, Deutschlands größter Genossenschaft der Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte stellte die Vorzüge einer mitbestimmten Genossenschaft aus Arbeitgebersicht dar. Er arbeitete heraus, dass die Arbeitnehmerseite deutlich mehr Einblick in das Geschäft des Unternehmens

hat als die Mitgliederseite. Andererseits bringe die Mitgliederseite im Aufsichtsrat dort eher die Kundenproblemstellungen ein. Dadurch, dass die Eigentümer auch die Leistungsabnehmer sind, ist besser als in anderen Unternehmensformen dafür gesorgt, dass die Anforderungen der Kunden direkten Eingang in die Produktpolitik finden.



Melanie Hühn und Irma Rybnikowa von der TU Chemnitz präsentierten die Ergebnisse der Studie „Partizipationspraktiken in Genossenschaften“, die sie mit finanzieller Förderung der Hans Böckler Stiftung durchgeführt haben. Grundlage der Untersuchung sind Fallstudien in 14 Genossenschaften unterschiedlicher Sektoren von der Wohnungs-, Konsum-, Kredit bis zu Agrarge nossenschaften. Auf der Basis dieser Bestandaufnahme wurden vier unterschiedliche Partizipationstypen beschrieben, das Verhältnis von repräsentativer zur direkten Partizipation sowie die Partizipation für Mitglieder, Beschäftigte und externe Akteure am genossenschaftlichen Willensbildungsprozess bestimmt.



Wilfried Hollmann, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Noweda eG, stellte die Apothekergenossenschaft Noweda vor und erläuterte das dort praktizierte Modell der Mitarbeitergenossenschaft als Möglichkeit der Förderung der Beschäftigten. Hintergrund für die Gründung der Mitarbeitergenossenschaft ist, dass die Beschäftigten der Noweda, da sie keine Apotheker sind, nicht Mitglied der Genossenschaft sein können und ihnen somit der Zugang zur genossenschaftlichen Demokratie versperrt wäre. Mittlerweile sind über 1.300 der ca. 1.900 Beschäftigten Mitglieder der Genossenschaft. Das Modell wird aber leider von der bundesdeutschen Steuergesetzgebung nicht nur nicht begünstigt, sondern zu Lasten der Mitarbeiter massiv benachteiligt.



Walter Vogt, Gewerkschaftssekretär im Bereich Betriebspolitik beim IG Metall Vorstand und stellvertretender Vorsitzender des Bundesvereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, kommentierte aus seiner Sicht das Modell der Belegschafts genossenschaften und stellte erste Überlegungen an, wie solche auch für betriebpolitische Gestaltungsspielräume genutzt werden könnten. Er kommentierte die beiden vorgelegten Studien in Untersuchungsgegenstand und Ergebnis hinsichtlich der Aspekte von Mitbestimmung und Partizipation als Element zur Einflussnahme und Beteiligung der Beschäftigten. Er plädierte dabei für die genossenschaftliche Rechtsform als richtungsweisendes Beteiligungsmodell und warb für die Fortführung des Themas in der weiteren gemeinsamen Arbeit

von Gewerkschaften und Genossenschaftspraxis. Dies könnte u.a. durch die Entwicklung und Verbreitung von Beschäftigung sichernden genossenschaftlichen Lösungsstrategien, gerade im Rahmen von Unternehmensnachfolgen und Unternehmenskrisen unter Beteiligung der Beschäftigten und ihrer Vertreter zielführend sein, auch weil sie eine Option darstellen, dem Fachkräftemangel proaktiv zu begegnen.

Richard Reichel und Herbert Klemisch griffen in ihren Schlussworten die Anregung von Walter Vogt auf. Herbert Klemisch stellte heraus, dass das Thema eine hohe Relevanz für den Arbeits-

markt und die Beschäftigungssicherung hat und verwies auf Erfolgsmodelle in benachbarten europäischen Ländern, die es auch in Deutschland nutzbar zu machen gelte. Damit befinden sich die Workshopteilnehmer im Einklang mit der Forderung der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und SPD, in der es heißt: „Wir wollen Genossenschaften als nachhaltige und krisenfeste Unternehmensform in den unterschiedlichsten Wirtschaftsbereichen stärken. Dazu benötigen wir Maßnahmen, die eine starke Mitgliederbeteiligung unterstützen und kleinere Genossenschaften Orientierungshilfen bieten.“

Herbert Klemisch, 7.3.2018



Fotos: Roman Kindl (Uni Erlangen-Nürnberg)